

Von Rettern und Rebellen

Ein Blick hinter die Kulissen unserer Demokratie

Bearbeitet von
Klaus-Peter Willsch, Christian Raap, Thilo Sarrazin

1. Auflage 2015. Buch. 288 S. Gebunden
ISBN 978 3 89879 926 3
Format (B x L): 14,8 x 21 cm

[Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Politikwissenschaft
Allgemein > Sachbuch, Politikerveröffentlichungen und -biographien](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Von RETTERN REBELLEN

Ein Blick hinter die Kulissen
unserer Demokratie

FBV

Klaus-Peter Willsch

© des Titels »Von Rettern und Rebellen« von Klaus-Peter Willsch (ISBN 978-3-89879-926-3)
2015 by FinanzBuch Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.finanzbuchverlag.de>

VORWORT VON THILO SARRAZIN

Meine persönliche Geschichte zum Euro begann im Sommer 1989 in Bonn. Damals leitete ich im Bundesfinanzministerium das Referat »Nationale Währungsfragen«. Der Delors-Bericht¹ über die Möglichkeiten einer Europäischen Währungsunion lag seit einigen Monaten vor. Im Hause und zwischen den Ressorts diskutierten wir heftig darüber. Nur im Auswärtigen Amt sah man das Projekt positiv. Sonst aber kannte ich kaum jemanden, der das Projekt nicht für riskant und illusionär hielt. Zunächst aber beanspruchte nach dem Fall der Mauer die Deutsche Währungsunion meine ganze Kraft. Das war ein elementar politisches Projekt als Vorstufe zur Deutschen Einheit und würde, wie ich auch gegenüber meinen Vorgesetzten nicht verhehlte, einen erheblichen Transferbedarf nach Ostdeutschland (damals noch die DDR) auslösen. Ich war trotzdem dafür. Nach Vollendung der Deutschen Währungsunion kümmerte ich mich um die dem Bund neu zugewachsene Treuhandanstalt und ging schließlich im Sommer 1991 als Finanzstaatssekretär nach Mainz.

Die Entstehung des Maastricht-Vertrages und die weiteren Vorbereitungen zur Europäischen Währungsunion betrachtete ich aus der Ferne als interessierter Zuschauer. Ich war gespalten: Eigentlich konnte es kaum funktionieren, aber wenn doch, war es faszinierend. Im Sommer 1996 beschäftigte ich mich intensiv mit den Vertragsgrundlagen und ökonomischen Rahmenbedingungen und schrieb ein Buch zum Euro.² Resümee: Es könnte funktionieren, wenn man (1) den No-Bailout-Grundsatz³ und das Verbot der monetären Staatsfinanzierung durch die Europäische Notenbank strikt beachtet und (2) die Arbeits- und Gütermärkte durch ordnungspolitische Reformen ausreichend flexibel gestaltet.

Beim letzteren Punkt war ich skeptisch und sah Arbeitslosigkeit sowie Wachstumsverluste für jene Länder voraus, die sich den Gesetzmäßig-

keiten einer gemeinsamen Währung nicht beugten. Umso wichtiger waren die ersten beiden Bedingungen, die Deutschland in solch einem Falle schützen würden. Die Verträge und der ergänzende Stabilitätspakt schienen mir in diesem Punkt ausreichend klar formuliert. Dass Deutschland jemals die Missachtung dieser beiden zentralen Sicherungsklauseln des Maastricht-Vertrages zulassen würde, kam mir nicht in den Sinn. Schon ein entsprechender Verdacht wäre mir damals absurd erschienen.

Wie wir wissen, kam es anders. Im Mai 2010 begruben die Staats- und Regierungschefs mit dem ersten Griechenland-Paket und dem ersten Rettungsschirm das No-Bailout-Prinzip und gleichzeitig erschütterte die EZB mit dem ersten Ankaufprogramm für Staatsanleihen von Krisenländern das Verbot der monetären Staatsfinanzierung. Bundesbankpräsident Axel Weber, gegen dessen Votum die Entscheidung im EZB-Rat gefallen war, rang noch einen Tag später erkennbar um Fassung, als er darüber im Bundesbank-Vorstand berichtete. Für ihn war offenbar eine Welt eingestürzt. Ich teilte seine Gefühle, hatte jedoch die Erfahrung gemacht, dass ökonomische Fachfragen von Werturteilen und politischen Entscheidungen selten sauber zu trennen sind. Deshalb besaß ich ein gewisses Grundverständnis für fachliche Positionen und politische Entscheidungen, die ich für sachlich falsch hielt.

Der eigentliche Schock war für mich die Ungeruhrtheit, mit der der eklatante Vertrags- und Gesetzesbruch begangen wurde. Weniger, dass Griechen, Italiener und Franzosen das so wollten (dagegen wollte man sich ja gerade durch die rigide Vertragsgestaltung absichern), sondern dass die deutsche Politik das nicht nur mittrug, sondern geradezu aktiv förderte. Dieser Schock, der mir 2010 im immerhin vorgerückten Alter von 65 Jahren zustie, hat mein Staatsvertrauen und den darauf gründenden Teil meines Weltbildes nachhaltig erschüttert. Meine Sozialisation ist die eines staatsglaubigen deutschen Ministerialbeamten. Im Alter von 29 Jahren war ich ins Bundesfinanzministerium eingetreten und hatte seitdem viel Unfug und eine Menge politischer Fehlentscheidungen erlebt. Das ist normal und gehört zur politischen Wirklichkeit. Dieser eklatante Rechtsbruch aber stößt in andere Dimensionen vor. Wenn man so anfängt, ist im Staat nichts mehr sicher, sobald die Politiker sich

darüber einig sind. Und mit diesem nagenden Gefühl lebe ich seit 2010. Ich bemerke, wie es schleichend mein Weltbild infiziert und meine Einstellung zum Staat ändert. *Der Begriff der Gewaltenteilung bekommt für mich eine ganz neue, elementare Bedeutung: Auch die Gewaltenteilung hilft nämlich nicht, wenn sich die Gewalten beim Rechtsbruch einig sind.* Rechtsanwendung als angewandter Opportunismus. Darüber könnte man glatt zum Anarchisten werden. Dafür bin ich natürlich zu alt. Aber das Prestige der Staatsgewalt hat bei mir stark gelitten. Wo das Gesetz gebrochen wird, fehlt der Gewalt die Legitimität, und dann ist grundsätzlich alles möglich. (Stark zugespitzt könnte man fragen: Wieso musste Ulli Hoenes eigentlich ins Gefängnis, wenn Gesetzesbrecher an höchsten Stellen mit staatlichem Lorbeer bekrönt werden?)

Natürlich haben die Gründe der eingetretenen Entwicklung mich auch in der Sache beschäftigt, und ich habe meinen eigenen Grundirrtum erkannt: Solange wir keine Edelmetall- oder anderweitige Warenwährung haben, die dem staatlichen Zugriff vollständig entzogen ist, ist Geld immer ein staatliches und damit politisches Produkt, dessen Entstehung und Verbreitung mit der Staatsverfassung und den staatlichen Finanzen untrennbar verbunden ist. Wer Kreditgeld schafft, schafft auch Staatskredit. Der Versuch, beides zu trennen, ist künstlich und zum Scheitern verurteilt. Darum wird eine EZB, die in Ausübung ihrer Unabhängigkeit monetäre Staatsfinanzierung betreibt, zum Staat im Staate. Und darum glaubt die griechische Regierung nicht ganz zu Unrecht, dass zum Wesen der griechischen Staatlichkeit auch der mehr oder weniger ungehinderte Zugriff auf Notenbankkredite gehört.

Auch die nach dem Zweiten Weltkrieg getroffene deutsche Entscheidung, die Währung durch die gesetzliche Unabhängigkeit der Bundesbank zu entpolitisieren, war eine elementar politische Entscheidung, und sie trug auch nur so lange wie der dahinter stehende Wille der Politik. Der deutsche Grundirrtum bei der Aushandlung und dem Abschluss des Maastricht-Vertrages war, dass man politikfernes Geld vertraglich vereinbaren könne. Als sich zeigte, dass das unmöglich ist, erschien der krasse Rechtsbruch als das politisch kleinere Übel. Man wird sehen, wohin das führt. Das Schiff der Europäischen Währungsunion segelt unter uneinigen Steuermännern in unbekannte Gewässer.

Dies alles zu diskutieren, ist für die Politik äußerst lästig. Es ist übrigens auch geistig sehr anstrengend. Geld- und Währungspolitik sind fachlich äußerst anspruchsvoll, und kaum je kommt etwas wirklich Sicheres dabei heraus. Seit meiner ersten Übungsarbeit über Diskontpolitik vor 48 Jahren an der Universität Bonn habe ich meine eigenen Meinungen und Einschätzungen immer wieder geändert und höre nicht auf zu lernen. Ich kann es keinem Abgeordneten übel nehmen, wenn er sich da heraushält und einfach den Entscheidungsvorlagen vertraut, die ihm die jeweilige Regierung liefert.

Man muss allerdings kein Währungsexperte sein, um einen Rechtsbruch zu erkennen. Dazu reichen die Fähigkeit, einen eindeutigen Gesetzestext verständlich zu lesen, und ein gesunder Menschenverstand. Zutiefst empörend und geradezu unheimlich ist es, wenn jene politisch abgestraft werden, die einen Rechtsbruch klar benennen und ihr Abstimmungsverhalten als Parlamentarier entsprechend ausrichten. Darum habe ich gerne zugesagt, ein Vorwort zu schreiben, als Klaus-Peter Willsch bei mir anfragte.

Anmerkungen

- 1 Bericht zur Schaffung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (1988/89), der zur Grundlage für den Vertrag von Maastricht wurde. Von 1985 bis 1995 war Jacques Delors Präsident der EG/EU-Kommission.
- 2 Thilo Sarrazin, Der Euro, Chance oder Abenteuer, Bonn 1997.
- 3 Nichtbeistands-Klausel. Schließt die Haftung der Europäischen Union sowie aller Mitgliedstaaten für Verbindlichkeiten einzelner Mitgliedstaaten aus.

DER TABUBRUCH

Als ein Kind des Jahrganges 1961 habe ich auf dem Gymnasium in Englisch natürlich Georg Orwells *Animal Farm* ebenso gelesen wie 1984. Das erste mit so großer Begeisterung, dass ich später als Kreisvorsitzender der Jungen Union Filmabende mit der hervorragenden Zeichentrickverfilmung veranstaltete. Welch bitter-schöne Allegorie auf die verkommenen Mechanismen totalitärer Machtergreifung und -ausübung! Mit 1984 hatte Orwell für mich vom Abiturjahrgang 1979/80 soweit neben der erlebten Wirklichkeit gelegen, dass ich es gedanklich der Kategorie versponnener linker Weltuntergangsutopien zuordnete. Erst 30 Jahre später musste ich wieder an die Reden Squealers denken, in denen weiß plötzlich schwarz wurde. Und aus den hinteren Windungen meines Großhirnes schien ein zentraler Begriff aus 1984 wieder auf: *Neusprech* verbreitete sich in Stellungnahmen und Berichten zu unserer Währungsunion und ihren Grundlagen in atemberaubender Geschwindigkeit, in allen Parteien, in Parlament und Regierung, in den Medien.

Dabei hatte alles so gut angefangen. Am 27. September 2009 wurde in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Schon die erste Prognose um Punkt 18 Uhr zeigte, dass es diesmal für meine schwarz-gelbe Wunschkoalition reichen würde, und so wurde dies ein Abend sprühender Aufbruchstimmung. Nach der Bundestagswahl wurde ich zum Obmann befördert. Der Posten des stellvertretenden Sprechers für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Haushaltsausschuss ist einflussreich und prestigeträchtig zugleich. Wer sich dort bewährt, gehört zum erweiterten Führungskader und kann sich für höhere Positionen in Stellung bringen.

Für mich als Haushaltspolitiker war 2009 kein Freudenjahr. Dass Deutschland verhältnismäßig gut durch die Finanzkrise gekommen war, freute mich natürlich. Die Konjunkturerholung war jedoch teuer erkaufte.

Die Schulden explodierten. Ich hatte schon im Frühjahr 2009 gegen das zweite Konjunkturpaket, das unter anderem die Abwrackprämie enthielt, gestimmt. Ich sah mich damals aber nicht als Quertreiber, sondern als ernsthafter Haushälter. Als »Hüterin der Verträge« empfahl die Europäische Kommission (KOM) am 11. November 2009 die Eröffnung eines Defizitverfahrens gegen Deutschland.

Eine Woche nach uns Deutschen wählten die Griechen ein neues Parlament. Die bisher oppositionelle Pasok gewann mit absoluter Mehrheit. Die Freude der neuen sozialistischen Regierung unter Führung von Ministerpräsident Giorgos Papandreou währte nicht lange. Noch bevor man in Athen in gewohnter Manier seine Klientel mit Wahlgeschenken segnen konnte, musste der neue griechische Finanzminister Giorgos Papakonstantinou zum Rapport nach Brüssel. Gegen Griechenland war bereits im April 2009 ein Defizitverfahren eingeleitet worden. Nun meldete Athen für das laufende Jahr eine Defizitquote von 3,7 Prozent nach Brüssel. Für 2010 wurden 5,1 Prozent veranschlagt. Der Papa macht das schon, wird man sich gedacht haben, als Papakonstantinou zum Vieraugengespräch beim damaligen EU-Währungskommissar Joaquin Almunia geladen wurde. Am 20. Oktober 2009 platzte dann die Bombe: Athen korrigierte das Defizit auf 12,7 Prozent. Die neue Pasok-Regierung gefiel sich zunächst in ihrer Rolle als Aufklärerin und machte der Vorgängerregierung unter Kostas Karamanlis von der konservativen Nea Dimokratia schwere Vorwürfe. Dass Griechenland gelegentlich mit gezinkten Karten spielte, war bekannt. Aber das Ausmaß an Betrug, mit dem der Eintritt in die Währungsunion erschlichen worden war und das nun nach und nach offenbar wurde, erschütterte selbst Hartgesottene.

Den Empfehlungen der Kommission zum Abbau des übermäßigen Defizits folgte die griechische Regierung nicht. Nüchtern stellten die Finanz- und Wirtschaftsminister der Europäischen Union auf dem ECOFIN (Rat Wirtschaft und Finanzen) im Dezember 2009 fest: »[Von] Griechenland wurden innerhalb der vorgegebenen Frist von sechs Monaten keine wirk-samen Maßnahmen zum Abbau des Defizits ergriffen.«¹ Die EU-Kommission reagierte mit einer Inverzugsetzung, einer Verschärfung des Defizitverfahrens, auf die Untätigkeit der griechischen Regierung.

Am 16. Dezember 2009 musste Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble den 41 Mitgliedern des Haushaltsausschusses Rede und Antwort stehen. Schäuble erklärte uns, dass Deutschland eine große Verantwortung habe. Wenn wir uns nicht an die Maastricht-Kriterien hielten, würden sich die anderen auch nicht mehr daran gebunden sehen. Leider hielten sich die wenigsten Mitglieder der Währungsunion an die 1992 im Vertrag von Maastricht verankerten Konvergenzkriterien. Der Schuldenstand eines Staates durfte demnach nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen. Die Obergrenze für das jährliche Haushaltsdefizit lag bei drei Prozent des BIP. Schäuble rechnete für das Jahr 2010 mit einem Defizit in Höhe von fünf bis sechs Prozent. Er wurde jedoch nicht müde zu betonen, dass die Maastricht-Kriterien nicht nur ökonomische Kennziffern waren. Sie waren Teil eines Versprechens, das alle Verantwortlichen in Deutschland den Menschen bei Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion gegeben hatten.

Gleich zu Beginn des neuen Jahres leitete die Europäische Kommission aufgrund der »nicht korrekten statistischen Daten«, die Athen mit voller Absicht über Jahre nach Brüssel gemeldet hatte, ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland ein.² Um fortan jede weitere Statistikfälschung auszuschließen, sollten in Zukunft die Aufsichtsbefugnisse der europäischen Statistikbehörde *Eurostat* gestärkt werden. Auf dem ECOFIN vom 19. Januar 2010 versprach Papakonstantinou seinen Kollegen, »eine rasche und umfassende Lösung der Probleme herbeiführen zu wollen« und berichtete über erste ergriffene Maßnahmen.³ Anfang Februar präsentierte die griechische Regierung ein Sparprogramm. Bis 2012 sollte das Defizit wieder unter drei Prozent des griechischen BIP gedrückt werden.

Von Griechenland-Krise war damals noch keine Rede. In Deutschland gingen die Uhren anders. Hier hatte ein kurzes Zittern um die eigenen Ersparnisse noch mithilfe eines gemeinsamen Versprechens von Kanzlerin und Finanzminister beendet werden können. Keiner rechnete damit, dass das griechische Defizit einmal zum Problem der Deutschen werden würde. Man empörte sich über die Griechen, man lachte über sie, hielt ihr Defizit letztlich aber für belanglos.

Am 5./6. Februar 2010 fand in Kanada das G7-Finanzministertreffen statt. Im Vorfeld hatte Schäuble in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zum Thema Griechenland gesagt:

»Alle unsere Partner außerhalb der Eurozone haben schon den festen Eindruck, dass die Europäer diese Probleme lösen und damit umgehen können. Dabei ist klar, das ist Sache der Europäer. Wir haben übereinstimmend abgelehnt, interne Probleme zu diskutieren. Wir diskutieren in der G 7 ja auch nicht die Finanzprobleme des Staates Kalifornien. Es gibt auch gar keinen Zweifel, dass Griechenland keine Frage des Internationalen Währungsfonds ist.«⁴

Schäuble hoffte auf die Selbstheilungskräfte Griechenlands. Keinesfalls wollte er den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit der griechischen Schuldenkrise betrauen. Unter allen Umständen sollte der Eindruck vermieden werden, die Europäer misstrauten ihrer eigenen Währung. Das war ein großer Fehler. Die USA haben beim Währungsfonds zwar mit 17,67 Prozent den größten Kapitalanteil, der Anteil der Euro-Mitgliedstaaten zusammen lag aber im März 2010 bei 23,12 Prozent. Auf die gesamte EU entfielen damals 31,87 Prozent. Sowohl die USA als auch die Euro-Länder gemeinsam verfügen im Währungsfonds über eine Sperrminorität. Der IWF kann mitnichten als US-Einrichtung bezeichnet werden.

Wäre Griechenland damals in die Hände des IWF gegeben worden, hätte das den deutschen Steuerzahler viele Milliarden Euro erspart. Ich hatte dazu schon frühzeitig ein Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages in Auftrag gegeben. Dort hieß es:

»Ein IWF-Kredit für Griechenland hätte [...] insbesondere den Vorteil, dass der IWF seine Hilfen unter sehr strengen Bedingungen vergeben kann. Entsprechende Auflagen durch die EU würden dagegen nur den ›Zorn auf Europa schüren[.]«⁵

Auch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sah in Griechenland einen klaren Fall für den IWF. Dem vorgeschobenen Hauptargument der Gegner einer Heranziehung des Internationalen Währungsfonds, der IWF bedrohe die Unabhängigkeit der EZB, hielt das IW entgegen, dass

der IWF problemlos auf geldpolitische Auflagen verzichten könnte. Die Vorteile einer IWF-Beteiligung überwogen klar:

»Weil der Fonds wegen seiner strikten Bedingungen gefürchtet wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Staaten sich an seine Vorgaben halten. Mehr noch: Die Länder dürften aus Respekt vor dem IWF schon im Vorfeld ihre Staatsfinanzen in Ordnung bringen – und somit den Geist der No-Bailout-Klausel bewahren und den Vorgaben des Stabilitätspakts folgen. Der vermeintlich große Nachteil der IWF-Hilfe liegt im Eingeständnis der Europäischen Währungsunion, mit den internen Problemen nicht selbst fertig zu werden. Allerdings sollte die Eurozone angesichts recht erfolgreicher erster zehn Jahre mehr Selbstbewusstsein zeigen.«⁶

Am 9. Februar 2010 war Griechenland erstmals Thema in unserer CDU/CSU-Bundestagsfraktionssitzung. Im »Bericht des Vorsitzenden« hieß es zur aktuellen Entwicklung in einigen südeuropäischen Eurostaaten:

»Mit Sorge betrachten wir die aktuelle wirtschaftliche und finanzpolitische Entwicklung in Griechenland. [...] Das entschiedene Vorgehen der EU-Kommission zeigt Wirkung. Portugal hat im Kampf gegen sein Haushaltsdefizit ebenfalls entschlossene Schritte angekündigt. Die Regierung in Lissabon hatte im vergangenen Jahr mit einem Defizit von acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu kämpfen. [...] Dies alles zeigt, der Euro hat gute Chancen, eine harte Währung zu bleiben.«⁷

In der Fraktionssitzung wurden kraftvolle Reden geschwungen. Auf gar keinen Fall werde man für die Schulden der Griechen aufkommen. Und dennoch berichtete die *Financial Times Deutschland* am Tag darauf auf der Titelseite unter der Überschrift »Berlin trägt Euros nach Athen«:

»Die Bundesregierung bereitet ein Hilfspaket für Griechenland vor. Wie die *FTD* aus Koalitionskreisen in Berlin erfuhr, sind im Kampf gegen die Schuldenkrise des Landes sowohl bilaterale Hilfen als auch ein international abgestimmtes Vorgehen auf EU-Ebene im Gespräch. Über Details will Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) heute die Spitze der Unionsfraktion informieren. [...] In Berlin diskutiert wird unter anderem der Vorschlag, dass Deutschland und andere europäische Staaten Geld zu günstigen Bedingungen

am Kapitalmarkt leihen und dann gegen einen Aufschlag an Griechenland weiterreichen. In EU-Kreisen wird befürchtet, dass das Land im Frühjahr bei der nächsten fälligen größeren Umschuldung Probleme haben könnte, sich Geld zu beschaffen.

Der Vizefraktionschef der CDU/CSU im Bundestag, Michael Meister, bestätigte die Vorbereitungen für ein Hilfspaket. »Oberste Priorität für die Union hat ein stabiler Euro«, sagte Meister der *FTD*. Es gebe aber keinen Automatismus. »Wenn Griechenland Hilfen erhält, dann nur unter strengen Auflagen, und wenn die griechische Regierung den Staat tief greifend reformiert.«⁸

»Eventuelle Finanzhilfen für Griechenland« standen an diesem Tag auch auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses. Die Unterrichtung übernahm Steffen Kampeter, der erst seit Kurzem Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen war. In der zurückliegenden Legislaturperiode war er selbst noch haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU gewesen. Ich schätzte Steffen sehr. Er war geradeheraus und bot jedem die Stirn. Bei ihm wurden die »Minister zu Sextanern«, wie einmal der *Rheinische Merkur* in einer Reportage über den Haushaltsausschuss titelte.⁹ Er versinnbildlichte den Habitus eines Haushälters, der nicht kleinbeigab, auch wenn der Druck aus den Ministerien nach mehr Geld noch so groß war. Natürlich war er letztlich konsensorientiert, aber nicht harmoniesüchtig. Das konnte auch schon mal dazu führen, dass er einen eigenen Mitarbeiter ordentlich vor versammelter Mannschaft zusammenstauchte oder einen Praktikanten als Blitzableiter missbrauchte. Mit dieser Facette seines Charakters war Kampeter im Finanzministerium nicht allein. Schäubles Pressesprecher wurde später eine kleine Berühmtheit, weil der Minister ihn vor der versammelten Hauptstadtpresse demütigte. Es gibt dazu im Internet mehrere Videos, die sich perfekt für eine Charakterstudie eignen. Kampeters Nachfolger als haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde mit Norbert Barthle der seitherige Obmann.

Im Haushaltsausschuss fasste Kampeter noch einmal die Ergebnisse des vorausgegangenen ECOFIN zusammen und gab einen Ausblick. Die Zuspitzung der Krise sei das Werk von Spekulanten, wobei die Ursache natürlich in der griechischen Schuldenorgie zu suchen sei. Griechenland trage demnach auch die Hauptverantwortung für die Wiedererlangung der

Stabilität der Märkte. Nachdem Kampeter den Hinweis nachschob, dass es im europäischen Recht keinen Herauskauf-Mechanismus bei Währungsturbulenzen gebe, hörte ich kurzzeitig auf, darüber nachzudenken, wer neben Griechenland selbst noch Verantwortung übernehmen sollte. Kampeter hatte wohl gerade einen bevorstehenden Schuldenschnitt angedeutet. Damit die Gläubiger aber nicht vor einem solchen *Haircut* das sinkende Schiff verließen, musste der Ball flach gehalten werden.

Und gleichwohl ließ Kampeter plötzlich durchblicken, dass Finanzhilfen für Griechenland doch im Bereich des Möglichen lägen. Die Bundesregierung strebe bei dem Thema keine aktive Rolle an. Wenn aber der Europäische Rat zu dem Schluss komme, dass Griechenland geholfen werden sollte, müsste man sich überlegen, wie solche Hilfsmaßnahmen auszugestalten seien. Die Bundesregierung zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass es nicht so weit kommen würde. Der haushaltspolitische Sprecher der FDP, Otto Fricke, hatte da bereits »Widerstand gegen direkte deutsche Hilfen« angekündigt.¹⁰ Die Presse überschlug sich am nächsten Tag mit Spekulationen:

»Deutschland und Frankreich bereiten offenbar eine groß angelegte Hilfsaktion vor, um Griechenland vor dem Staatsbankrott zu bewahren. [...] »Wir können Griechenland nicht fallen lassen«, zitierte *Le Monde* einen namentlich nicht genannten Vertrauten Sarkozys.«¹¹

»Am Mittwoch machten Gerüchte die Runde, dass Deutschland plane, dem verschuldeten Griechenland unter die Arme zu greifen. Die Bundesregierung weist diese Spekulationen zurück. Klarheit dürfte der EU-Gipfel am Donnerstag bringen.«¹²

Die Presse hatte den richtigen Riecher. Am 11. Februar 2010 wurde auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union die Büchse der Pandora geöffnet. In der Erklärung zum Ratsgipfel hieß es:

»Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets werden im Bedarfsfall entschlossen und koordiniert handeln, um die Finanzmarktstabilität im gesamten Euro-Währungsgebiet zu wahren. Die griechische Regierung hat keinerlei finanzielle Unterstützung beantragt.«¹³

Der 11. Februar 2010 war einer der verhängnisvollsten Tage unserer jüngeren Geschichte. An diesem Tag brachen die Staats- und Regierungschefs gemeinschaftlich europäisches Recht. Im *Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union* (AEUV) war in Artikel 125 die No-Bailout-Klausel verankert: Jede Übernahme von Schulden eines EU-Mitgliedstaates seitens der Gemeinschaft oder einzelner Mitgliedstaaten war klar verboten.

Am 13. Februar 2010 veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau* ein großes Interview mit Schäuble. Auf die Frage, wie er den deutschen Steuerzahlern erklären wolle, dass diese für die Schulden eines anderen Staates aufkommen sollten, antwortete der Finanzminister:

»Das sollen sie gar nicht. Die Solidarität, auf die Griechenland einen Anspruch hat, wird die EU leisten. Sie besteht in allererster Linie darin, dass wir helfen, die Bevölkerung von der Notwendigkeit einer soliden Finanzpolitik zu überzeugen. [...] Griechenland muss sich selbst helfen. Darin wollen wir Griechenland unterstützen.«¹⁴

Die Debatte in Deutschland beruhigte sich in diesen Tagen tatsächlich. Das lag aber daran, dass am 11. Februar mit der Weiberfastnacht die Karnevalshochphase begann. Seit jeher hatten an diesem Tag die Mitarbeiter in einem Ministerium mit Bonner Amtssitz dienstfrei. Auch die Sitzungswoche im Bundestag war um zwei Tage verkürzt worden, um den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, sich auf den jeweiligen Veranstaltungen in ihren Wahlkreisen blicken zu lassen. Damit fielen die Kerndebattentage Donnerstag und Freitag aus. Das bedeutete: Keine *Aktuelle Stunde*, keine Debatte im Nachgang des Treffens des Europäischen Rates. Die Fastnachtswoche war traditionell sitzungsfrei. Der wichtige ECOFIN vom 16. Februar 2010 wurde von den deutschlandweiten Festumzügen, Heringessen und politischen Aschermittwochsveranstaltungen überlagert. Aus heutiger Sicht war das fatal, aus der Zeit heraus unbedenklich.

Die Zeichen standen auf Entwarnung. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte der einflussreiche luxemburgische Premierminister und Eurogruppen-Chef, Jean-Claude Juncker, am 16. Februar 2010: